

Alltägliches Sparen

Kubas Rezepte gegen die Krisenfolgen lauten: Mehr produzieren, weniger importieren, Effizienz erzielen

Deisy Francis Mexidor, Havanna

Deisy Francis Mexidor, Havanna, ist für junge Welt als Korrespondentin auf Kuba akkreditiert. Übersetzung: Thomas Leinhos. Er ist Diplomsprachmittler und engagiert bei Cuba Sí, Berlin.

»Unter einer teuflischen und chaotischen Wirtschaftsordnung werden die Konsumgesellschaften es in maximal fünfzig oder sechzig Jahren geschafft haben, sowohl die nachgewiesenen als auch die vermuteten Reserven fossiler Brennstoffe völlig aufzubrechen. Es gibt nicht einmal eine klare und kohärente Vorstellung von der Energie, mit der in fünfzig Jahren die motorisierten Fahrzeuge betrieben werden sollen, die die Städte und Straßen der reichen Länder, aber auch einiger Länder der Dritten Welt überschwemmen. Diese Gesellschaft ist Ausdruck einer völlig irrationalen Lebens- und Konsumform, die für die zehn Milliarden Menschen, die nach dem fatalen Ende der Erdölvorräte auf diesem Planeten leben werden, kein Modell sein kann.«

(Fidel Castro im Gespräch mit Ignacio Ramonet)

Der Ruf nach Sparsamkeit geht um in Kuba. Die weltumspannende Wirtschafts- und Finanzkrise hat unsere Insel nicht ausgelassen. Staat und Regierung treffen Maßnahmen mit dem Ziel, die Auswirkungen dieses komplexen inneren und weltweiten Szenariums zumindest abzufedern. Die Einnahmen aus den Nickelexporten und den touristischen Dienstleistungen sinken, außerdem schrumpfen die Kreditmärkte, die Liste der unbezahlten Rechnungen ist lang. Es geht nach unten...

Inzwischen wurden alle Pläne der Lage angepaßt. Die Voraussage des Wirtschaftswachstums für 2009 mußte von sechs auf weniger als 2,5 Prozent reduziert werden. Das Problem wird diskutiert, sowohl in den Betrieben wie auch über die Massenmedien. Neben dem Appell zum bewußten Sparen werden konkrete Maßnahmen ergriffen. Ziel ist aktuell, die Lebensmittelproduktion zu erhöhen und zugleich Energieverbrauch und Importe aller Art zu verringern. Zudem gab der Minister für Wirtschaft und Planung, Marino Murillo, kürzlich bekannt, daß die Palette der staatlich subventionierten Grundnahrungsmitteln, die zu 80 Prozent importiert werden, deutlich verkleinert werden muß. 2008 machte das Kosten in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar aus. Diese einzusparen geht nur durch Steigerung der Eigenproduktion.

Weniger Importe

Ein Produkt im Korb subventionierter Waren sind die schwarzen Bohnen. Die Importe müßten angesichts der finanziellen Lage um 60000 Tonnen reduziert werden. Doch sind die Erträge der kubanischen Landwirtschaft von nicht einmal einer Tonne pro Hektar viel zu gering. Nunmehr wird staatlicherseits versucht, die Produktion durch höhere Preise für die Erzeuger der Hülsenfrucht zu steigern. Das betrifft alle: 49 Prozent der 88000 Hektar, auf denen schwarze Bohnen angebaut werden, gehören privaten Bauern, 22,5 Prozent sind Staatsbetriebe, der Rest Genossenschaften.

Der Tourismus bringt dem Land jährlich 2,3 Milliarden Dollar ein. Auch in diesem Bereich machen sich erste Anzeichen der Krisenfolgen bemerkbar. Nach Angaben des Tourismusministeriums stieg zwar im ersten Quartal 2009 die Zahl der eingereisten Touristen noch leicht an, die Einnahmen sanken jedoch gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 13,7 Prozent.

Katastrophenschäden

In Mitleidenschaft ist auch der Seeverkehr geraten. Eduardo Rodriguez, Kubas stellvertretender Verkehrsminister, nannte jüngst vor der Presse konkrete Zahlen. Demnach ist im ersten Quartal dieses Jahres das Gesamtvolumen der von Kuba importierten Waren um zehn Prozent gesunken. 2008 sind noch 17,7 Millionen Bruttoregistertonnen (BRT) Ware verschifft worden, 4,6 Prozent mehr als 2007. Einschneidend dabei ist, daß dringende notwendige Projekte zur Modernisierung der Transportflotte aufgrund der Krisenfolgen nicht durchgeführt werden konnten. Gegenwärtig verfügt das Land über 41 Hochseeschiffe mit einer Gesamttonnage von 700000 BRT. Darunter befinden sich zwei kürzlich gekaufte Tanker für venezolanisches Rohöl, das in der Raffinerie von Cienfuegos verarbeitet wird. Zum Vergleich: Kubas Flotte war 1990 vor der »Spezialperiode« 119 Schiffe stark, mit mehr als einer Million BRT Ladekapazität.

Auch die Energieversorgung ist durch die Krise unsicherer geworden. Um nicht wieder in die schon überwunden geglaubte Zeit der Stromabschaltungen der neunziger Jahre zurückzufallen, trat am 1. Juni eine offizielle Verordnung in Kraft, die den Energieverbrauch im staatlichen Sektor beschränkt. Nachdem der Energiebedarf in den ersten vier Monaten des Jahres um drei Prozent angestiegen ist, war dieser Schritt dringend nötig.

Die Verordnung sieht vor, den Produktions- und Dienstleistungssektor so zu planen, daß Netzüberlastungen vermieden werden. Durch aufeinander abgestimmte Arbeitszeiten sollen Einsparungen durch das Abschalten von Beleuchtungen und Klimaanlage in Betrieben und Büros erzielt werden. Täglich wird in jedem Betrieb der Energieverbrauch abgerechnet. Parallel dazu werden häufiger Inspektionen durchgeführt. Im Juni wurden fast 1500 Manipulationen des Stromnetzes durch Privathaushalte aufgedeckt. Im staatlichen Sektor, vor allem in kleinen Betrieben, kam es in gerade einmal einer Woche zu tausend Verstößen.

Die verschärften Auflagen zeigten recht schnell Wirkung. Bereits in den vergangenen Wochen verringerte sich der Energieverbrauch erheblich – und zwar ohne die allgemein gefürchteten Stromabschaltungen. Ricardo González, Direktor des Energieversorgungsbetriebes »Unión Eléctrica«, gab an, daß »im Vergleich zu der im April und in der ersten Maihälfte vorherrschenden Tendenz« der Brennstoffverbrauch zur Stromerzeugung bis Mitte Juni um über 18000 Tonnen gesenkt werden konnte.

Naturkatastrophen

Neben der globalen Krise sorgten Naturkatastrophen für schwere Rückschläge bei der ökonomischen Entwicklung Kubas. Zwischen dem 30. August und dem 9. September 2008 zogen die beiden Hurrikane »Gustav« und »Ike« über unser Land; Stürme, Regenfälle, Überschwemmungen und Sturmfluten waren die Folge. Kaum zwei Monate später, am 8. und 9. November, tobte der Hurrikan »Paloma«, der massive Schäden in den östlich von Havanna liegenden Provinzen Camagüey und Las Tunas anrichtete. »Gustav« und »Ike« verursachten Schäden in Höhe von 9,722 Milliarden Dollar, »Paloma« von weiteren 300 Millionen Dollar. Nicht enthalten in dieser Rechnung sind die Kosten der beiden schweren Tropenstürme »Fay« und »Hanna«, die Ende August und Anfang September 2008 über Kuba hinwegzogen.

Trotzdem wird alles daran gesetzt, die Leistungen in essentiellen Bereichen wie Bildung und Gesundheit nicht einzuschränken. Mehr noch: Gerade erst verkündete der Ministerrat eine Einkommenserhöhung für alle Beschäftigten im Bildungswesen zum Beginn des neuen Schuljahres Anfang September. Das bedeutet zwar eine Erhöhung der bisher eher bescheidenen Löhne von 545000 Beschäftigten um etwa ein Drittel, doch werden zugleich erstmals fünf Prozent Sozialversicherungsabgaben erhoben.

Während in anderen Ländern die Arbeitslosigkeit zum Teil erheblich steigt, zeigt sich in Kuba ein gegenteiliger Trend. Die Quote der Erwerbslosen sank von 1,8 Prozent im Jahr 2007 auf 1,6 Prozent 2008. Dies ist der niedrigste Stand der vergangenen sechs Jahre. Von den 4,1 Millionen Beschäftigten arbeiten 83 Prozent im Staatssektor.

Klar ist: Auf Kuba steht soziale Gerechtigkeit weiterhin auf der Agenda ganz oben. Angesichts der Krise gilt es allerdings, realistisch zu bleiben. Julio Vázquez Roque beispielsweise, Vizeminister für Planung, warnt davor, mehr auszugeben als einzunehmen. Das bedeute, mehr zu produzieren, weniger zu importieren, effizienter zu werden. Daran knobelt Kuba.

»500 globale Unternehmen kontrollieren 80 Prozent der Weltwirtschaft. Die Preise sind nicht das Ergebnis des Wettbewerbs; die Preise, zu denen zum Beispiel Medikamente gegen Aids verkauft werden, sind Monopolpreise. Die Arzneimittel gehörten zu den am meisten mißbrauchten und ausgenutzten, extravagantesten Waren der Welt – die Medizin, die man den Leuten verkauft, hat in vielen Fällen einen Preis, der zehnfach über den Produktionskosten liegt. Die Werbung legt fest, was sich verkauft und was nicht. (...) Nach dem letzten weltweiten Gemetzel in den 40er-Jahren versprach man uns eine Welt voller Frieden, eine geringere Diskrepanz zwischen Armen und Reichen und daß die entwickelten Länder den weniger entwickelten Ländern helfen würden. Alles hat sich als enorme Falschheit erwiesen. Sie haben uns eine Weltordnung aufgedrängt, die sich weder halten kann noch zu ertragen ist. Die Welt wird in eine Sachgasse geführt.«

(Fidel Castro im Gespräch mit Ignacio Ramonet)